

An die Straßenverkehrsbehörde des/der

Eingangsstempel / Vermerke

Antrag auf Anordnung
verkehrsregelnder Maßnahmen
für Arbeiten im Straßenraum
nach § 45 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)

Ich/Wir beantragen

☐ gemäß Regelplan Nr.

☐ unter Vorlage eines Verkehrszeichenplanes ¹⁾

den Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur
Durchführung nachstehend bezeichneter Maßnahmen

Antragsteller	Name, Vorname, Unternehmen		
	Telefon mit Vorwahl	Telefax mit Vorwahl	E-Mail
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
	Verantwortlicher Bauleiter für die Baustelle (Name, Vorname)		Telefon mit Vorwahl
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
	Verantwortlicher Ansprechpartner vor Ort (Name, Vorname)		Telefon mit Vorwahl
	Beauftragter für Störungsbeseitigung, Kontrolle, Korrektur der Verkehrssicherung, Bedienung von Signalanlagen, auch nachts Name, Vorname		Telefon mit Vorwahl
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
Straßenbezeichnung	Die Bundes-, Staats-, Kreis- oder Gemeindestraße (Nr. oder Name)		
Ort der Sperrung	bei / von – bis km, bei / von – bis Hausnummer		in
Dauer	wird vom		bis zur Beendigung der Bauarbeiten, längstens bis
Auftraggeber	Name / Firma		
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		Telefon mit Vorwahl
Umfang der Beeinträchtigungen	für den ☐ Fußgängerverkehr ☐ Radfahrverkehr ☐ Verkehr auf der Fahrbahn ☐ unter Einbeziehung des Seiten-/Grünstreifens ☐ teilweise gesperrt ☐ halbseitig gesperrt ☐ voll gesperrt		
benutzbar bleibende Verkehrsflächen	Die vorgeschriebenen Restbreiten für Gehwege (1 m) und/oder Fahrbahnen (2,75 m innerorts, 3 m außerorts bei halbseitiger Sperrung, 5,50 m bei Vorbeileitung des Verkehrs) ☐ werden eingehalten. ☐ können nicht eingehalten werden.		

Haltverbote	☐ nicht erforderlich ☐ erforderlich auf folgenden Streckenabschnitten:	
	von:	
	bis:	
(ggf. Beiblatt verwenden)		
Grund der Sperrung	Bezeichnung der auszuführenden Maßnahme:	
Anliegerverkehr (bei Vollsperrungen)	Anliegerverkehr wird zugelassen bis	
Umleitungsmaßnahmen	Folgende Strecke wird für die Vollsperrung als Umleitungsstrecke vorgeschlagen (Beschilderungsplan ist als Vorschlag beigelegt):	
Gestattung, Nutzungsvertrag, Sondernutzungs- erlaubnis des Straßen- baulastträgers	Eine Gestattung/Sondernutzungserlaubnis des Straßenbaulastträgers ☐ liegt vor ☐ ist nicht erforderlich ☐ wird noch beantragt und nachgereicht ☐ ist wegen der dort getroffenen Anordnungen beigelegt	
Zur weiteren Vorbereitung bitten wir um einen	☐ Ortstermin ☐ Gesprächstermin	
Raum für – weitere Mitteilungen (liegen z. B. Fußgänger- überwege oder Halte- stellen im Baustellen- bereich) – Handskizzen		

Es wird hiermit versichert, dass der Antragsteller die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und deren Beleuchtung sowie die Aufstellung und Bedienung einer erforderlichen Signalanlage übernimmt und die dafür entstehenden Kosten trägt. Ereignen sich Verkehrsunfälle, die durch diese Maßnahmen bedingt sind und mit ihnen im ursächlichen Zusammenhang stehen, so wird die Haftpflicht gegenüber dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast in vollem Umfang übernommen.

- | | |
|--|---|
| 1) Der Plan soll enthalten:
a) den Straßenabschnitt
b) die im Zuge des Abschnitts bereits stehenden Verkehrsschilder, Verkehrseinrichtungen und Anlagen
c) die Art und das Ausmaß der Arbeitsstelle | d) die für die Kennzeichnung der Arbeitsstelle und für die Verkehrs-
führung notwendigen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen
e) Angaben darüber, welche beschilderung nach Arbeitsschluss, an
Sonn- und Feiertagen und bei Nacht vorgesehen ist (bei automatisch
arbeitenden Lichtzeichenanlagen auch den Phasenablauf) |
|--|---|

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel des Antragstellers
